

Beschlussvorlage

Fachbereich:	FB Z3 Finanzen	Datum:	07.02.2011
Berichterstatter:	Dipl. Ing. (FH) Wolfgang Sommer	AZ:	Z 38
		Vorlage Nr.:	195/2011

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreisausschuss	17.02.2011	öffentlich - Vorberatung
Kreistag	24.02.2011	öffentlich - Entscheidung

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts; Resolution des Landkreises Coburg gegen das neue Abfallrecht

Anlagen:

Stellungnahme/Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Empfehlung des Landkreistages gegen das neue Abfallrecht

I. Sachverhalt

Der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen beim Bayerischen Landkreistag sieht mit großer Sorge, dass die bayerischen Landkreise durch den Bundesgesetzentwurf für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz in die Rolle des Lückenbüßers gedrängt werden sollen.

Der Bayerische Landkreistag empfiehlt daher den Kreistagen eine Stellungnahme/Resolution gegen das neue Abfallrecht (siehe Anlage). In dieser fordern die mehr als 800 öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Deutschland vom Bund die Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils zur gewerblichen Altpapiersammlung: grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten zu den Kommunen und Entscheidungsfreiheit über die Wertstoffeffassung vor Ort.

Der Inhalt und der genaue Wortlaut der Resolution kann der Anlage entnommen werden.

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

II. Beschlussvorschlag

Der Kreistag des Landkreises Coburg beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die in der Anlage beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland. Wesentlicher Kernpunkt der Resolution sind die grundsätzliche Zuordnung aller Abfälle aus privaten Haushalten zu den Kommunen und die Entscheidungsfreiheit über die Wertstoffeffassung vor Ort. Der Inhalt der Resolution wird zum Bestandteil des Beschlusses erklärt.

Der Kreistag des Landkreises Coburg fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen.

Landratsamt Coburg

Michael Busch
Landrat